

# Die Grünen sind Genies darin, das Volk über die Atomkraft zu täuschen

*Ulrich Waas*

Bei einem Aspekt der Stromerzeugung gibt es großes Einvernehmen: Möglichst bald wollen wir all unseren Strom klimaneutral erzeugen. Doch die großen Fragen – wann ist „bald“ und wie sollen wir bis dahin auskommen – bleiben, und sie sind die entscheidenden Leerstellen in den Berechnungen unseres Wirtschaftsministers Robert Habeck.

Wegen der Umstellung der Energieverbraucher auf elektrische Technologien ist mindestens mit einer Verdopplung bis Verdreifachung des heutigen Strombedarfs zu rechnen. Wie lange wird es dauern, bis bei so erheblich wachsendem Strombedarf eine Lösung ohne Kohle, Erdgas, Erdöl und Kernenergie gefunden ist?

Wäre eine Umstellung auf Erneuerbare bis Mitte nächsten Jahres ohne große sonstige Einschränkungen machbar, müssten wir nicht so dringend über einen Weiterbetrieb von Kernkraftwerken diskutieren. Wenn das aber 15 Jahre und mehr dauern wird – wie zahllose Erfahrungsträger in Energiewirtschaft und -technik befürchten –, muss die Überlegung ganz anders aussehen.

Optimisten rechnen bis zur vollständigen Umstellung mit einer Dauer von ungefähr 15 Jahren, Realisten eher mit 30 Jahren. Bis letztes Jahr wollten selbst prominente Optimisten der Energiewende (Rainer Baake, ehemals Staatssekretär unter Trittin, Patrick Graichen, Staatssekretär jetzt unter Habeck) massiv Erdgaskraftwerke als „Brückentechnologie“ zubauen (zusätzlich rund 50.000 Megawatt). [Denn sie sahen bis 2035 keine ausreichende Lösung für die großtechnische Speicherung von Energie aus Wind und Sonne.](#)

Doch durch den russischen Angriffskrieg fällt Erdgas als Brückentechnologie nun aus. Wie soll es ersetzt werden? Gegenwärtig hofft Habeck darauf, mit dem Weiterbetrieb alter Kohlekraftwerke die Lücke zu schließen und will auf sechs Kernkraftwerke verzichten, die sofort oder in Kürze verfügbar wären. Und das, obwohl der Einsatz dieser Kernkraftwerke im Vergleich zu Strom aus Kohle die Emissionen pro Jahr um rund 70 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> verringern würde. Was bedeutet das für die Klimaschutzziele, wenn dies nicht nur einen Winter lang so gemacht werden muss, sondern etliche Jahre so weitergeht?

## Grüne Ministerien klammern die CO<sub>2</sub>-Belastung aus

In einem als „ergebnisoffen“ dargestellten, gemeinsamen [Prüfvermerk](#) des Bundesumweltministeriums (BMUV) und des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWK) vom 7. März zur Debatte um die Laufzeiten kommt diese zentrale Frage jedoch überhaupt nicht vor. Allein schon das Fehlen dieses Themas weckt erhebliche Zweifel an der Ergebnisoffenheit. Diese Zweifel werden noch dadurch verstärkt, dass die im Prüfvermerk oder von den Ministerien anderweitig genannten technischen und juristischen Argumente gegen einen Weiterbetrieb überwiegend sachlich nicht richtig sind und vorgeschoben wirken. Aus

und zu den Metallkapselungen der Endlagergebinde gelangt. Für diese wird lediglich eine Dichtheit von etwa 1000 Jahren vorausgesetzt, obwohl aus Korrosionsuntersuchungen und archäologischen Funden absehbar ist, dass die Sicherheit gegen Durchkorrodieren deutlich größer ist. Nach dem Durchkorrodieren werden nur noch die von der Natur im Untergrund gegebenen physikalischen und chemischen Eigenschaften berücksichtigt. Eine „Überwachung“ dieser Vorgänge ist in mehreren 100 Metern Tiefe nicht nötig. Da die physikalischen und chemischen Eigenschaften im Untergrund variieren, werden in der Sicherheitsanalyse insgesamt ungünstige Werte gewählt, die rechnerisch zu einer überhöhten Transportgeschwindigkeit führen. Auf diese Weise wurde gezeigt, dass die zusätzliche Strahlenexposition durch Transport von Radionukliden in die Ökosphäre selbst mit sehr ungünstigen Annahmen unter zehn Mikrosievert pro Jahr ( $\mu\text{Sv/a}$ ) bleiben würde.

## Was aber bedeutet „unter 10 $\mu\text{Sv/a}$ “? Zur Veranschaulichung:

Bei nur einem einzigen [Transatlantikflug pro Jahr](#) von Frankfurt nach New York und zurück liegt im Mittel die Dosis bei gut dem zehnfachen, das heißt bei 100  $\mu\text{Sv/a}$ .

Die natürliche Strahlenexposition in Deutschland variiert je nach Wohnort zwischen etwa 1.000 und 10.000  $\mu\text{Sv/a}$ , im Mittel 2.100  $\mu\text{Sv/a}$ .

Wenn die von der Natur gegebenen Unterschiede von bis zu 9.000  $\mu\text{Sv/a}$  politisch und gesellschaftlich als nicht beachtenswert behandelt werden – wie kann dann ein Tausendstel davon, das unter sehr unwahrscheinlichen Zuständen dazukommen könnte, als problematisch eingestuft werden?

Noch einmal zum „1-Millionen-Jahre“-Missverständnis: Benötigt wird nach den Sicherheitsanalysen, dass die Kapselungen mindestens 1000 Jahre Korrosion aushalten und ansonsten die Naturgesetze gültig bleiben. – **Es geht also um „1000 Jahre“, nicht um „1 Millionen Jahre“!** – Dass man in Sicherheitsanalysen weit über die 1000 Jahre hinausdenkt und potenzielle Folgen abschätzt, ist durchaus richtig, man könnte sagen: „Das ist nachhaltig“. In den meisten kernenergienutzenden Ländern wurde diese Vorausschau auf 10.000 oder auch 100.000 Jahre ausgedehnt. In Deutschland hat man jedoch beschlossen, 1.000.000 Jahre vorausschauen zu wollen (allerdings nur bei der Kernenergie).

Es war eine strategische Meisterleistung einiger Kernenergiekritiker, aus dem Vorausschauzeitraum von 1.000.000 Jahren in der öffentlichen Wahrnehmung einen „Gefährlichkeitszeitraum“ zu machen, der so erschütternd wirkt, dass der – tatsächliche – wissenschaftliche Hintergrund gar nicht mehr nachgefragt wird. Und es ist ein weiteres Beispiel für die Schwierigkeiten der Industrie, rechtzeitig zu erkennen, welche Auswirkungen es hat, wenn man dem Entstehen eines Missverständnisses in der öffentlichen Wahrnehmung nur zuschaut.

Angelbliche Gefahren der Endlagerung als Argumente gegen die Kernenergienutzung sind somit eigentlich wenig geeignet – es wäre wunderbar, wenn die Entsorgung anderer Problemstoffe, beispielsweise  $\text{CO}_2$  aus der Verbrennung von fossilen Energieträgern, ähnlich nachhaltig gelöst würde. Aber noch für etliche Jahre werden in Deutschland jeweils 20 Tonnen Kernbrennstoff (jährliche Nachladung für ein Kernkraftwerk), die geologisch „endgelagert“ werden könnten, durch „Endlagerung in der Atmosphäre“ von rund 10.000.000 Tonnen  $\text{CO}_2$  „vermieden“, wo diese sich – nicht hypothetisch irgendwann,

sondern gleich und zwangsläufig – unmittelbar auf Klima und Lebensverhältnisse auswirken.

Der Vergleich mit Finnland in der Realisierung eines Endlagers drängt die Frage auf, welche Faktoren in Deutschland zu dem Rückstand in dieser Frage geführt haben. Kann es sein, dass manche Gegner der Kernenergienutzung die Realisierung eines Endlagers auf die lange Bank schieben wollten, da sie die Behauptung „Kein Endlager in Sicht“ als stärksten Hebel für die von ihnen politisch gewollte Abschaltung aller Kernkraftwerke sahen?

Dafür spräche zum Beispiel die Aussage des Präsidenten des Bundesamtes für die Sicherheit in der Entsorgung, Wolfram König, vom 31. Juli, jetzt Laufzeitverlängerungen zu beschließen, würde den „mühsam errungenen gesellschaftlichen Konsens“ zur Standortsuche für ein Endlager auch grundsätzlich infrage stellen. Aus Königs Sicht darf es ein Endlager also allenfalls dann geben, wenn alle Kernkraftwerke endgültig abgeschaltet sind. In Finnland schütteln selbst die dortigen [Grünen den Kopf](#) über ihre deutsche Schwesterpartei, für die eine Bekämpfung des Klimawandels nur noch sekundär ist.

## **Es ist so ernst, dass wir uns ehrlich machen müssen – so die Hoffnung**

Der Autor hat jetzt über 45 Jahre „Energiediskussion“ erlebt. In dem Zeitraum ist oft von verschiedenen Seiten – je nach Seite und Lage mal mehr, mal weniger – mit vorgeschobenen, konstruierten Argumenten gearbeitet worden, um damit kritischen Fragen der Öffentlichkeit auszuweichen. Die Lage in der Energieversorgung ist jetzt jedoch so kritisch, dass wir uns diese Spiegelfechtereien nicht mehr leisten können. Es gibt sowohl zur Kernenergienutzung als auch zu einer regenerativen Energieversorgung Fragen, die seriös beantwortet werden müssen und nicht jeweils durch Plakatieren der konstruierten oder auch tatsächlichen Schwächen der jeweils anderen Technologie beantwortet werden können. Die Hoffnung wäre, dass gerade Ministerien, die für die Gesamtheit tätig sein sollen, das auch so sehen.

*Zum Autor: Nach dem Physik-Diplom 1975 ging Ulrich Waas zur KKW-Sparte der Kraftwerk Union AG (KWU), damals gemeinsames Tochterunternehmen von Siemens und AEG. Nach Tätigkeiten in verschiedenen Fachabteilungen war er von 1992 bis zur Pensionierung 2012 Leiter der Abteilung, die beim KKW-Erbauer unter anderem für einen wesentlichen Teil der gegenwärtig diskutierten Periodischen Sicherheitsüberprüfung zuständig war. Anfang 2005 wurde Waas zum Einbringen seiner Fachkenntnisse in Sicherheitsfragen bei KKW vom Bundesumweltministerium in einen Ausschuss der Reaktor-Sicherheitskommission berufen, von Anfang 2010 bis Ende 2021 in die RSK selbst.*